

Linz, im März 2009

Die Resolution im Wortlaut

Bereits seit Langem weist der Österreichische Gemeindebund auf die demokratiepolitisch bedenklichen Entwicklungen hin, die sich aus der mangelnden sozialen Absicherung der Bürgermeister ergeben. Da die in einigen Bundesländern erreichten Verbesserungen für eine wirksame soziale Absicherung allein nicht ausreichend sind verleihen wir hiermit den Forderungen der Gemeinden an die Bundesregierung nochmals nachhaltig Ausdruck:

Die Resolution im Wortlaut

“Bereits seit Langem weist der Österreichische Gemeindebund auf die demokratiepolitisch bedenklichen Entwicklungen hin, die sich aus der mangelnden sozialen Absicherung der Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen ergeben. Obwohl in einzelnen Bundesländern punktuelle Verbesserungen erreicht worden sind, stellen diese keine wirksame soziale Absicherung dar. Daher verleihen wir hiermit den Forderungen der Gemeinden an die Bundesregierung nochmals nachhaltig Ausdruck:

Beseitigung von bestehenden Benachteiligungen von Bürgermeister(innen) und Gemeindevandatar(innen)

Die Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen (u.a. Vizebürgermeister, Stadträte, geschäftsführende Gemeinderäte, etc.) benötigen ein Mindestmaß an sozialer Absicherung sowohl für den Fall des Ausscheidens aus dem politischen Amt als auch in pensionsrechtlicher Hinsicht. Die Umsetzung einer Arbeitslosenversicherung und entsprechender Abfertigungs- bzw. Entgeltfortzahlungsregelungen für Gemeindepolitiker/innen ist von höchster politischer Priorität. Ohne ein Minimum an existentieller Absicherung ist es unmöglich geeignete Persönlichkeiten für diese Funktionen zu finden.

Aufhebung der bestehenden Nachteile der geltenden Ruhensbestimmungen

Es ist unvertretbar, dass die geltenden Ruhensbestimmungen für Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen, die sich auch nach Eintritt in den Ruhestand in ihrem Zivilberuf weiter in ihrer Gemeinde engagieren wollen, zu einer Zurücklegung ihres Amtes gezwungen werden. Aufgrund dieser Bestimmungen sind den österreichischen Gemeinden in den letzten Jahren zahllose wertvolle Funktionsträger verloren gegangen.

Wiedereinführung einer angemessenen Pensionsregelung für Kommunalpolitiker(innen)

Die geltenden Restriktionen bei den pensionsrechtlichen Rahmenbedingungen für Kommunalpolitiker/innen stellen keine ausreichende und angemessene Altersvorsorge dar. Der Österreichische Gemeindebund weist mit Nachdruck auf die dringend notwendige Lösung dieser Themen auf Bundesebene hin und ersucht diese legitimen Forderungen im Sinne eines funktionierenden demokratischen Staats- und Gesellschaftsaufbaues mit Vehemenz zu verfolgen.“